

REGIERUNGSRAT

20. Januar 2016

15.245

Interpellation Elisabeth Burgener, SP, Gipf-Oberfrick, vom 17. November 2015 betreffend Überprüfung des 2-er-Vorschlages der NAGRA für ein geologisches Tiefenlager und geplante Sondierbohrungen; Beantwortung

I.

Text und Begründung der Interpellation wurden den Mitgliedern des Grossen Rats unmittelbar nach der Einreichung zugestellt.

II.

Der Regierungsrat antwortet wie folgt:

1. Vorbemerkungen

1.1 Zur aktuellen Haltung des Regierungsrats

Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme vom 15. Dezember 2010 zur Etappe 1 des Sachplanverfahrens festgehalten, dass er grundsätzlich kein Tiefenlager im Kanton Aargau will. Für den Standortentscheid hat die höchstmögliche Sicherheit oberste und absolute Priorität. Sogenannt weiche Faktoren dürfen für den Standortentscheid nicht massgeblich sein. Diese Haltung gilt nach wie vor: Die Sicherheit steht an erster Stelle, womit die Bereiche der Geologie und der Bautechnik zentral sind. Hier sind nach wie vor viele Fragen offen. Die Stellungnahme zur Etappe 1 hat entsprechend nach wie vor Gültigkeit, die darin aufgeführten Forderungen werden deshalb aufrechterhalten, die entsprechenden Abklärungen sind weiter zu verfolgen.

1.2 Zum aktuellen Stand des Verfahrens

Das Verfahren zur Standortsuche für ein geologisches Tiefenlager befindet sich aktuell in der zweiten von drei Etappen. Die Nagra hat Ende Januar 2015 vorgeschlagen, für das weitere Verfahren nur noch die beiden Regionen Jura Ost im Kanton Aargau und Zürich Nordost im Kanton Zürich zu untersuchen. Formell handelt es sich dabei um einen Vorschlag, der erst nach der behördlichen Überprüfung und öffentlichen Anhörung mit einem Entscheid des Bundesrats in den Sachplan geologisches Tiefenlager aufgenommen würde. Die fachtechnische Prüfung des Vorschlags findet durch die Behörden statt, namentlich durch das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI), aber auch durch kantonale Experten (Arbeitsgruppe Sicherheit der Kantone [AG SiKa] mit Kantonaler Expertengruppe Sicherheit [KES]). Das ENSI hat im September 2015 für die Detailprüfung zusätzliche Unterlagen von der Nagra nachgefordert. Diese werden voraussichtlich im Sommer 2016 eingereicht und von den genannten Behörden ebenfalls geprüft. Die öffentliche Anhörung findet nach

aktuellem Stand Ende 2017 statt. Im Rahmen dieser Anhörung wird sich der Regierungsrat umfassend zur Etappe 2 äussern. Der Bundesratsentscheid über den Abschluss von Etappe 2 wird ab Mitte 2018 erwartet. 2027 wird der Bundesrat voraussichtlich über die Etappe 3 und damit eine Standortwahl entscheiden. Anschliessend muss dieser Entscheid durch das Parlament genehmigt werden und es folgt eine allfällige Referendumsabstimmung.

1.3 Zur 3D-Seismik und den geplanten Sondierbohrungen

Die vorgeschlagenen Standortgebiete müssen für Etappe 3 mittels 3D-Seismik und Sondierbohrungen gemäss Sachplanverfahren vertieft untersucht werden. Deshalb führt die Nagra parallel zur laufenden Prüfung des Standortvorschlags in den beiden Regionen Jura Ost (seit Herbst 2015) und Zürich Nordost (ab Anfang 2016) bereits 3D-Seismik-Mess-Kampagnen durch. Der Kanton Aargau hat dafür mit Datum vom 27. August 2015 die entsprechende Bewilligung für Vorabklärungen gemäss dem Gesetz über die Nutzung des tiefen Untergrunds und die Gewinnung von Bodenschätzen (GNB) erteilt. Mit dieser Bewilligung ist keine Vorwegnahme des Standortvorschlags verbunden. Es geht darum, den Kenntnisstand über den Untergrund weiter zu erhöhen, was der vom Sachplan geforderten sicherheitsbasierten Standortauswahl dient und im Interesse des Kantons liegt. Die Sondierbohrungen der Nagra für die Etappe 3 müssen gemäss Kernenergiegesetz (KEG) durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) bewilligt werden. Die Nagra wird die entsprechenden Gesuche beim Bund voraussichtlich in der ersten Hälfte 2016 einreichen.

2. Zu den Fragen

Zur Frage 1

"Wo stehen die Überprüfungen des 2-er-Entscheides der Arbeitsgruppe "Sicherheit der Kantone"?"

Siehe Antwort zur Frage 2.

Zur Frage 2

"Wann dürfen wir mit Ergebnissen oder mindestens einer Zwischenbilanz rechnen?"

Die Arbeitsgruppe Sicherheit Kantone (AG SiKa) ist zusammen mit der kantonalen Expertengruppe Sicherheit (KES) aktuell an der Erarbeitung eines Zwischenstandberichts, der die im Januar 2015 eingereichten Unterlagen beurteilt. Der Ausschuss der Kantone (AdK) wird sich im 1. Quartal 2016 über die bisherigen, noch nicht finalen Erkenntnisse seiner Arbeitsgruppe orientieren lassen und im Anschluss über das weitere Vorgehen bestimmen.

Die Nachforderung des ENSI vom September 2015 liegt inhaltlich auf der Linie der AG SiKa und der KES. Die Nagra wird die geforderte Zusatzdokumentation bis im Sommer 2016 vorlegen. Das ENSI wird die Detailprüfung der Berichte und Analysen der Nagra voraussichtlich im Frühling 2017 abschliessen.

Die AG SiKa wird die Nachreichung der Nagra ebenfalls prüfen und in der ersten Hälfte 2017 ihre Beurteilung mit einem Bericht abschliessen. Ende 2017 werden sämtliche Berichte, Gutachten und Stellungnahmen in eine dreimonatige öffentliche Vernehmlassung geschickt. Auf Grundlage aller Ergebnisse wird der Bundesrat voraussichtlich bis Ende 2018 entscheiden, ob er den von der Nagra vorgeschlagenen Standortgebieten zustimmt.

Zur Frage 3

"Wie schätzt der Regierungsrat die momentane Situation ein?"

Der Regierungsrat hat seine Überraschung kundgetan über die frühe Einschränkung der Standortsuche seitens der Nagra auf nur noch zwei Gebiete. Die vom Regierungsrat in der Folge verlangte vertiefte Analyse, ob die Rückstellung von vier Standortregionen beziehungsweise die Beschränkung auf nur noch zwei Regionen tatsächlich auf eindeutige Nachteile der ausgeschlossenen Standortgebiete zurückgeführt werden kann, steht kurz vor Abschluss. Die im September 2015 kommunizierte Nachforderung des ENSI nimmt der Regierungsrat zur Kenntnis. Inhaltlich ist sie nachvollziehbar. Die nachgereichten Unterlagen werden wie erwähnt ebenfalls auch vom Kanton geprüft.

Zur Frage 4

"Was gedenkt der Aargauer Regierungsrat – nach seinen klaren Worten Ende Januar und unabhängig der interkantonalen Überprüfung – gegen einen Endlagerstandort für Atommüll im Aargau zu unternehmen? Wann dürfen wir mit einer Stellungnahme rechnen?"

Grundsätzlich gilt weiterhin die Stellungnahme des Regierungsrats zur Etappe 1 vom 15. Dezember 2010. Der Kanton Aargau arbeitet in den verschiedenen Gremien aktiv mit, auch im Rahmen der Unterlagenprüfung, und bringt seine Interessen ein. Der Regierungsrat verfolgt die Arbeiten aufmerksam. Wie mehrfach kommuniziert und wie vom Sachplanverfahren vorgesehen, werden sich die Kantone erst im Rahmen der offiziellen Anhörung umfassend äussern. Entsprechend wird der Regierungsrat erst zu diesem Zeitpunkt, unter Berücksichtigung aller Aspekte, Stellung nehmen. Diese Anhörung wird voraussichtlich gegen Ende 2017 stattfinden.

Zur Frage 5

"Wie steht der Regierungsrat zur Kritik des ENSI gegenüber der NAGRA? Was gedenkt er diesbezüglich zu unternehmen? Wie plant er die Kritikpunkte in seine Überlegungen ein? Wie gewichtet er sie?"

Dass die Nachforderung des ENSI im September erfolgte, hat bezüglich des Zeitpunkts überrascht. Wie in der Antwort zur Frage 3 ausgeführt, teilt der Regierungsrat aber die inhaltlichen Punkte der Nachforderung. Ob tatsächlich eindeutige Nachteile die Rückstellung von vier beziehungsweise die Beibehaltung von nur noch zwei Regionen im Verfahren rechtfertigen, ist auch aus Sicht des Regierungsrats schlüssig darzulegen. Entsprechende Fragen hat auch die AG SiKa in ihren Arbeiten zur Bautechnik aufgeworfen. Wie erwähnt werden wir auch die Nachforderung umfassend prüfen.

Zur Frage 6

"Hat die ENSI – Nachfrage an die NAGRA nach weiteren Unterlagen zum Standortvorentscheid Auswirkungen auf den geplanten Zeitplan?"

Diese Frage richtet sich an die Verfahrensführung (Bundesamt für Energie [BFE]). Wie das BFE inzwischen mitgeteilt hat, ist mit einer Verzögerung von rund einem Jahr zu rechnen (so findet beispielsweise die öffentliche Anhörung, statt wie ursprünglich geplant Mitte 2016, neu erst gegen Ende 2017 statt).

Zur Frage 7

"Zu den Probebohrungen: Wann genau werden die definitiven Standorte kommuniziert?"

Zum jetzigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass die definitiven Standorte für die Probebohrungen in der ersten Hälfte 2016 mit der Einreichung der Gesuche beim Bund beziehungsweise der öffentlichen Auflage derselben kommuniziert werden. Es ist jedoch zu erwähnen, dass die Nagra voraussichtlich eine höhere Anzahl (~7) an Gesuchen/Bohrstandorten einreichen wird, als schlussendlich durchgeführt werden (3–4).

Zur Frage 8

"Wie genau läuft das Einspracheverfahren? Wer ist einspracheberechtigt? Wie sind die Einsprache-fristen?"

Die Verfahren für Sondierbohrungen richten sich nach Art. 49 ff. KEG. Die Sondierbohrungen in den potenziellen Standortregionen benötigen eine Bewilligung des UVEK. Verfahrensleitende Behörde ist dabei das BFE.

Nachdem die Nagra die Gesuche beim Bund eingereicht hat, prüft das BFE unter Einbezug der relevanten Fachbehörden des Bundes die eingereichten Unterlagen auf Vollständigkeit (Art. 50 KEG). Danach wird das öffentliche Einspracheverfahren durchgeführt. Das Bewilligungsgesuch wird dafür in den amtlichen Publikationsorganen (Bundesblatt, kantonales sowie kommunales Amtsblatt) veröffentlicht und während 30 Tagen öffentlich aufgelegt (Art. 53 Abs. 2 KEG). Während der öffentlichen Auflage haben die von der Sondierbohrung betroffenen Gemeinden und Private die Möglichkeit, Einsprache beim BFE zu erheben (Art. 55 Abs. 1 und Abs. 3 KEG).

Parallel zur öffentlichen Auflage fordert das BFE den betroffenen Kanton sowie die betroffenen Fachbehörden des Bundes auf, zum Gesuch Stellung zu nehmen (Art. 53 Abs. 1 KEG; Art. 62a Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz [RVOG]). Anschliessend kann die Nagra zu den Einsprachen Stellung nehmen. Eingaben und neue Unterlagen von Verfahrensbeteiligten wie beispielsweise die Stellungnahme des Kantons und der Fachbehörden des Bundes werden den Verfahrensparteien bekanntgegeben (rechtliches Gehör). Gegen die Bewilligungsverfügung kann vor dem Bundesverwaltungsgericht und vor dem Bundesgericht Beschwerde erhoben werden.

Zur Frage 9

"Wie lange soll eine Sondierbohrung vor Ort konkret andauern? Mit welchem Flächenbedarf pro Bohrplatz ist zu rechnen? Wie hoch (in Metern) und wie einsichtig muss man sich die Installation eines solchen Bohrplatzes in dieser schönen Landschaft im weiteren Umfeld des Jurapark Aargau vorstellen?"

Einrichtung und Aufbau des Bohrplatzes dauern nach Informationen der Nagra rund drei Monate. Der eigentliche Bohrbetrieb mit den Testarbeiten im Bohrloch wird bis zu einem Jahr dauern. Zusammen mit dem Rückbau wird ein Bohrplatz damit rund 1,5–2 Jahre bestehen bleiben. Allfällige Verzögerungen im Bohrbetrieb können allerdings nicht ausgeschlossen werden.

Für einen Bohrplatz wird mit einem Flächenbedarf von rund 40 a gerechnet. Darin sind alle für die Sondierbohrungen erforderlichen Einrichtungen enthalten, inklusive Erd- und Aushubdepots, Lärmschutzeinrichtungen sowie Parkplätze. Das Bohrgerät ist je nach eingesetztem Typ 15–30 m hoch. Je nach Standort muss davon ausgegangen werden, dass die Einrichtungen auch von weitem sichtbar sind.

Zur Frage 10

"Welche Rolle wird der Regierungsrat rund um diese Sondierbohrungen einnehmen? Gedenkt er mit der betroffenen Bevölkerung in Kontakt zu treten? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?"

Gemäss KEG besteht ein grundsätzliches Anrecht, Bohrungen durchführen zu können. Es ist auch im Interesse des Regierungsrats, dass der Kenntnisstand über den Untergrund erhöht wird. Dies gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf die nachhaltige Sicherung der Thermal- und Mineralquellen.

Der Kanton setzt sich zusammen mit der Region im Rahmen der im Verfahren möglichen Spielräume dafür ein, dass besonders sensible Standorte geschont werden. So hat beispielsweise die Nagra nach Intervention von Kanton und Gemeinde auf einen Bohrstandort in unmittelbarer Nähe des Naturdenkmals Linner Linde verzichtet.

Die Verfahrensleitung zu den Sondierbohrungen liegt, wie oben erwähnt, beim Bund. Die Nagra ist für die Gesuchstellung und die technische Durchführung verantwortlich. Entsprechend wird eine regelmässige Information durch diese beiden Stellen erfolgen müssen. Der Kanton seinerseits wird zu den Sondierbohrungen im Rahmen der Verfahrensschritte informieren, bei denen er direkt angesprochen wird.

Die Kosten für die Beantwortung dieses Vorstosses betragen Fr.1'277.–.

Regierungsrat Aargau